

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

8.3.1928 (No. 58)







mit den Bestimmungen der Verfassung vereinigen läßt. Und Herr Groener hat erklärt, er müsse zugeben, daß die Entwicklung auf diesem Gebiet noch nicht so fortgeschritten sei, wie man es bei der Reichswehr beobachten könne. Die Reichsmarine soll von jetzt ab unter allen Umständen von allen Elementen geäubert werden, die irgendwie mit Erhardt's Organisation Consul (O. C.) in Beziehung treten. Das Verhalten der O. C.-Leute selbst hat der Reichswehrminister als den „Gipfel der Treulosigkeit und der Undankbarkeit“ bezeichnet, und er hat die „zynische Hinterlist“ festgenagelt, mit welcher die Reichswehr von diesen O. C.-Leuten bespitzelt werden sollte.

Die klaren und bündigen Darlegungen Groeners beweisen am besten, daß jetzt ein neuer Geist im Reichswehrministerium waltet, daß das große Aufräumen wirklich begonnen hat. Das ganze Vaterland wird Herrn Groener zu Dank verpflichtet sein, wenn er diese Aufräumungsarbeit in Bälde erfolgreich abschließt und damit auch den Weg für ein besseres Verhältnis zwischen Reichswehr und Volk.

### In der Rhöbusangelegenheit

Empfang der Reichstagsler Dr. Marx am Mittwoch nacheinander die Führer der verschiedenen Reichstagsfraktionen. Der Reichstagsler unterrichtete die Parteiführer an der Hand des Berichtes des Reichsparlamentarischen Ausschusses über die Angelegenheit. Als Ergebnis der Besprechungen wird mitgeteilt, daß von dem Reichsparlamentarischen Ausschuss eine Denkschrift ausgearbeitet werden wird, in der zur Darstellung gelangen soll, was volkswirtschaftlich und etatsrechtlich in der Rhöbusangelegenheit von Bedeutung ist. Diese Denkschrift, die also nicht die für den Reichstagsler ausgearbeitete Denkschrift ist, soll am nächsten Montag im Haushaltsausschuss bzw. im Reichstag zur Kenntnis gebracht werden. Am Dienstag soll der Haushaltsausschuss über den Bericht, den vermutlich der Reichstagsler selbst erläutern wird, in die Debatte eintreten.

Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, soll der dem Parlament zu unterbreitende Bericht nach den feierlichen Versprechungen des Reichstagsleres alles enthalten, was der Reichstag wissen muß. Es werden dabei auch Einzelheiten mitgeteilt sein, die bisher nicht bekannt geworden sind. Der Bericht wird vor allen Dingen alles Tatsächliche umfassen und alle budgetrechtlichen Fragen behandeln. Der Reichstagsler gab zu, daß arge Verstöße vorgekommen sind, daß aber alle Vorkehrungen getroffen seien, um eine Wiederholung solcher Vorfälle unmöglich zu machen. Die sogenannten „schwarzen Fonds“ sind restlos ausgeräumt. Es ist kein Pfennig mehr da, der ohne Wissen des Reichstages ausgegeben werden kann. Mit dem vom Reichstagsler beabsichtigten Vorgehen haben sich die Parteiführer — also auch die Demokraten und die Sozialdemokraten — im wesentlichen einverstanden erklärt. Sowohl die Demokraten, als auch die Sozialdemokraten erklärten, daß sie ihre endgültige Stellungnahme erst treffen wollen, wenn der Bericht vorliegt und von ihnen geprüft worden ist. Was die Frage der Verminderung einer Wiederholung solcher Vorfälle anbelangt, so ist man, wie es im „Kotlanzeiger“ heißt, zu dem Ergebnis gekommen, daß ein neuer Ausschuss des Kabinetts gebildet werden soll, der als Kontrollinstanz nicht nur über das Reichswehrministerium, sondern über alle Ressorts der Reichsregierung wachen soll. Eine beratende ministerielle Kontrollinstanz könne durch einfachen Kabinettsbeschluss eingesetzt werden. Dr. Stresemann wird, wie es im „Kotlanzeiger“ heißt, erst am Montag von Genf nach Berlin zurückkehren, hat also seine ursprüngliche Absicht, mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage sofort nach Berlin zurückzukommen, wieder aufgegeben.

Nach Berliner Meldungen sind 33 Gesellschaften an den Geschäften des Korvettenkapitäns Lehmann beteiligt. Der Schaden für das Reich wird auf 20 bis 30 Millionen angenommen. In Berliner Blättern war behauptet worden, daß der Reichswehrminister Dr. Groener über den Umfang der Rhöbusaffäre nicht genügend im Bilde sei. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, trifft das nicht zu. Der Reichswehrminister hat vielmehr in vollem Umfang die Affäre kennengelernt.

pr. Berlin, 8. März (Tel.) Die Direktion der Rhöbus-A. G. erklärte gestern auf der Generalversammlung, daß sie wegen Überlastung weder die Bilanz für 1926 noch für 1927 hätte fertigstellen können.

### Schiedspruch im Konflikt der Berliner Metallindustrie

Nach zwölfstündiger Verhandlung wurde am Mittwoch abend von der zur Beilegung des Metallkonfliktes eingesetzten Schlichtungskommission mit Mehrheitsbeschluss ein Schiedspruch gefällt, wonach die Stundenlöhne und Akkordverdienste der Werkzeugmacher einer Nachprüfung zu unterliegen sind. Es ist die Angemessenheit der Löhne und Akkorde ganz allgemein zu prüfen. Auch Erhöhungen der Verdienste ganzer Gruppen im Werkzeugbau sind erforderlichenfalls vorzunehmen. Sollte eine Einigung im Betrieb nicht zustande kommen, wird unter Mitwirkung der Verbände eine endgültige Entscheidung getroffen, wobei erforderlichenfalls die Akkordberechnungsgrundlagen (Geldfaktoren) für die einzelnen Werkzeugmachergruppen festzulegen sind. Der Schiedspruch sieht weiter Bestimmungen vor, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei kritischen Akkorden durch Einsetzung einer paritätischen Kommission sichern. Die Erklärungsfrist für die Parteien läuft heute Donnerstag nachmittag 4 Uhr ab.

WTB. Berlin, 8. März (Tel.) Wie wir erfahren, hat der Verband Berliner Metallindustriellen den gestern gefällten Schiedspruch der Schlichtungskommission angenommen. Wie eine Berliner Korrespondenz hierzu erfährt, haben sich auch die Arbeitnehmerorganisationen zum Teil bereits heute vormittag mit dem Schiedspruch beschäftigt. Ein Beschluss des Deutschen Metallarbeiterverbandes liegt zwar noch nicht vor, doch rechnet man damit, daß die Arbeitnehmer zu einer Ablehnung kommen werden.

Neue Unruhen in Lemberg. In Lemberg kam es wieder zu Kundgebungen der extremnationalistischen polnischen Aufständigen, die fünf Gaststätten demolierten und zahlreiche Scheiben von 17 Geschäftslokalen einschlugen. Im Falle der Wiederholung der Kundgebungen ist es möglich, daß über Lemberg der Belagerungszustand verhängt wird.

Liberaler Wahlsieg in England. Bei den Nachwahlen zum Unterhaus in Saintives erhielten der liberale Kandidat Frau Nunciman 10 241 Stimmen, der konservative 9478 und der Arbeiterpartei 4343 Stimmen. Frau Nunciman ist somit gewählt. Das Mandat war bisher in konservativer Hand. Frau Nunciman ist die Gattin des ehemaligen liberalen Ministers, der ebenfalls Unterhausmitglied ist.

## Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 7. März.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Kling (W. Vgg.) begründet einen Antrag auf Aufhebung der Verordnung über die schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei der Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser vom 1. Februar 1919. Die Verordnung gebe den Werken eine Monopolstellung.

Abg. Loibl (W. Vpt.) äußert sich über die Lage des Handwerkes, die heute sehr schwierig sei. Der auf dem Mittelstand lastende Steuerdruck müsse gemildert werden. Der Antrag Kling sei überflüssig. Die Auswüchse im Handwerk müßten beseitigt werden.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Wdl.): Unter der Wirkung der Damesgesehe habe sich die deutsche Zahlungsbilanz höchst ungünstig entwickelt.

Abg. Albers (W. Vgg.) wünscht eine Ausgestaltung des Fortbildungswesens im Handwerk.

Es schließt die Aussprache.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehalts wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Angenommen wird die Entschliebung Frau Dr. Lüders (Dem.) auf Förderung der Hauswirtschaft, ebenso die Entschliebung, die sich gegen die Erhöhung der Eisenpreise richtet.

Angenommen werden auch die Ausschufentschliebungen, wonach Reichsmittel für Ausstellungen und Messen nur unter einheitlicher Daltung, des Reichskommissars für das Ausstellungswesen und Martellgericht die richterliche Unabhängigkeit gewahrt und schließlich die Berufsbezeichnungen „Baumeister“ und „Architekt“ geregelt und geschützt werden sollen.

Der Antrag auf Unterstützung der Leipziger Messe mit 800 000 M wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Im übrigen wird der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums bewilligt, ebenso der Etat des vorläufigen Reichswirtschaftsministers.

Das Gesetz über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande wird ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen.

Angenommen werden weiter Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses auf größere Berücksichtigung von Handwerk und Gewerbe bei Vergabe öffentlicher Aufträge und Lieferungen und auf allgemeine Anwendung der Preisoberbinderungsordnung auch von den Ländern und Gemeinden.

Eine Reihe weiterer Anträge werden dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Es folgt nun die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch

befriedigt zunächst das Verhältnis der Reichsbahn zur Binnen-schiffahrt und erklärt es für unmöglich, einem der Verkehrsmittel von vornherein den Vorzug zu geben, da jedes seine bestimmten Eigenarten habe. Die Mittel- und Unterinjanz der Reichsbahnerverwaltung konnte leider immer noch nicht geschaffen werden. Die Reichsbahnerverwaltung seien 1927 planmäßig gefördert worden. Der Minister weist darauf hin, daß der außerordentliche Haushalt für 1928 keine neuen Bauten enthält. Auch die Vollendung des Mittelatlantals werde von bisher 6 auf 10 Jahre verlängert werden müssen. Wenn es bei dem vom Hauptauschuss beschlossenen weiteren Abdruck von 4 1/2 Millionen bleibe, werde die Bauzeit noch weiter verlängert. Der Seebienst nach Ostpreußen hat sich im letzten Jahre wiederum behauptet. Die Fahrten nach Memel, die die Verbindung mit dem Deutschen Reich enger gestalten haben, sollen auch im kommenden Jahre wieder aufgenommen werden. Die Reichsregierung sei bestrebt, die Ober- zu einem großen Schiffsfahrtsweg auszubauen. Die deutschen Reedereien hätten den Wiederaufbau der Handelsflotte kräftig gefördert. Die Flotte umfasst heute nahezu 8 1/2 Millionen Bruttoregister-tonnen gegenüber einem Bestande von 600 000 nach der Ablieferung der Schiffe bei Friedensschluß und 5,4 Millionen im Jahre 1914. Der Kraftverkehr habe sich weiter entwickelt. Die Zunahme der Verkehrsunfälle sei dauernd Gegenstand erster Sorge. Die Vereinheitlichung der verkehrspolizeilichen Vorschriften habe Fortschritte gemacht. Verhandlungen mit den Ländern über einen Haftpflichtversicherungszwang seien im Gange. Durch Vereinbarungen mit der Reichspost sei ein ungesunder Wettbewerb ausgeschlossen. Für die zivile Luftfahrt habe das Pariser Abkommen vom 22. Mai 1926 bemerkenswerte Fortschritte gebracht. Eine gewisse Einschränkung des Flugverkehrs wird kaum zu vermeiden sein. Neben dem Strecken nach den europäischen Hauptstädten verdient besonderes Interesse die Verlängerung der Verbindung Berlin—Moskau nach dem fernen Osten. Der innerdeutsche Kurstreckenverkehr, der finanziell hauptsächlich von Ländern und Gemeinden getragen wird, wird sich in ein System außerplanmäßigen Fliegens um-bilden müssen.

Die Finanzwirtschaft der Reichsbahn stand im Zeichen der günstigen Konjunktur. Die Einnahmenseite von 4300 Millionen wurden stark überholt. 1927 wurden 42 bedeutendere Brücken- und Ingenieurbauten fertiggestellt. Die Umgestaltung von 29 größeren Bahnhöfen konnte fortgesetzt werden. Das Beschaffungsprogramm von ursprünglich etwa 1633 Millionen konnte auf rund 1800 Millionen erweitert werden. Soweit sich übersehen läßt, wird für 1927 eine Gesamteinnahme von etwa 5000 Millionen erreicht, der an Ausgaben für Betriebskosten und Unterhaltung etwa 3420, und für die Erneuerung der Bahnanlagen etwa 650 Millionen, im ganzen also etwa 4070 Millionen gegenüberstehen. Aus dem Betriebsüberschuss von etwa 930 Millionen stehen Linsen von dem Dienst der Reparationsschuldenverreibungen von rund 600 Millionen, Zuführung an die gesetzliche Ausgleichsrücklage 100 Millionen und die Bestände für die Borgzugsaktien 62 Millionen, nach deren Abwicklung voraussichtlich ein Überschuss von 170—180 Millionen verbleibt. Trotzdem darf die Finanzlage der Reichsbahn für das neue Jahr nur mit Vorsicht beurteilt werden. 3000 Millionen Mehrausgaben stehen bereits fest. Davon 70 Millionen für die gesteigerte Reparationslast. Auch 1928 wird die Reichsbahn neues Kapital für betriebsnotwendige Bauten nicht entbehren können. Zur Frage der Tarifherabsetzung erklärt der Redner, daß eine Erhöhung mit Rücksicht auf ihre Rückwirkung auf die gesamte Wirtschaft, die auch die Reichsbahn selbst treffen würde, nur im äußersten Notfalle in Frage kommen könne. Eine Finanzierung des dem Reichstage mitgeteilten Bahnebauprogramms hat sich bis jetzt noch nicht ermöglichen lassen. Sollen sich Wege für Mittelbeschaffung finden, so werden wir unsere Fürsorge in erster Linie den durch die Grenzschließung besonders geschädigten Gebieten zuwenden müssen. Die Neuregelung der Eisenbahntarife ist am 1. August 1927 in Kraft getreten. Der durch sie entstehende Ausfall beträgt 70—75 Millionen jährlich.

Der Haushaltsausschuss legt eine ganze Reihe von Entschliebungen vor. Verlangt wird eine Übersicht über die Verteilung der zur Förderung des deutschen Flugwesens und der einschlägigen Industrien bewilligten Mittel, Prüfung der

Frage einer Verlegung der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt. Die vom Reichs unterstützten Kraftverkehrsgesellschaften sollen nach einer weiteren Entscheidung dem privaten Transportgewerbe keine Konkurrenz machen. Schließlich wird Unfallverhütungspromaganda, insbesondere die Aufklärung der Schuljugend über Verkehrsfahrten, gefordert.

Der Verkehrsausschuss beantragt Maßnahmen zur Forderung des Wirtschaftslebens im Aachener und im übrigen westlichen Grenzgebiet, insbesondere durch Senkung der Eisenbahnfrachttarife.

Abg. Schumann (Soz.) fordert weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes und tritt für die Forderungen der Reichsbahnlohnempfänger ein. Noch immer gäbe es bei der Reichsbahn den neunmündigen Arbeitstag und Dienstsichten von 16 Stunden.

Abg. Klünne (Deutschn.): Im Kraftfahrwesen sollte die deutsche Automobilindustrie kräftiger gefördert werden als bisher. Es sollte bei erster Gelegenheit versucht werden, die Reichsbahn wieder unter die Verwaltung der Regierung zu bringen. Wasserstraßen sind nicht als Konkurrenz für die Eisenbahnen zu betrachten. Neue Kanäle sollten aber nur gebaut werden, wenn ihre Rentabilität gesichert ist.

Auch Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.) erklärt es für dringend wünschenswert, daß die Reichsbahn möglichst bald wieder unter die Verwaltung des Reiches komme. Es ist erfreulich, daß das Reichskabinett eine Gütertariferhöhung abgelehnt hat. Das Reichsverkehrsministerium sollte sich aber auch energisch dagegen wenden, daß bei der geplanten Einführung des Zweiklassen-systems der Personentarif für die billige Klasse über den Preis der bisherigen 4. Klasse hinaus erhöht wird. Der Redner wendet sich gegen eine Ausdehnung des Nitropatentbesitzes auf Bahnhöfswirtschaften und Flughäfen.

Der Plan einer stärkeren Beteiligung der Reichsbahn an den Kraftwagenverkehrsleistungen müsse mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, denn seine Ausführung würde nur im Interesse des Reparationsagenten liegen, nicht aber im Interesse der deutschen Wirtschaft und der Allgemeinheit. Das Ministerium sollte sich lieber für einen großzügigen Straßenbau interessieren. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Frage des Ausbaues der einzelnen Wasserstraßen und wünscht die Vorlegung eines allgemeinen Planes. Die Volkspartei beantragt die Bewilligung von zwei Millionen für die Vollendung des Juppelinsufflusses.

Um 18 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 18 Uhr vertagt.

König Amanullah traf am Mittwoch in Essen ein. Zum Empfange war der Bahnhof mit herrlichen Blumen geschmückt. Scheinwerfer beleuchteten schon vor der Ankunft der Gäste die Villa Hügel, die zusammen mit dem festlich erleuchteten Park einen wundervollen Anblick bot. Herr und Frau Krupp von Bohlen und Salbach begrüßten auf dem Bahnhof die Gäste und geleiteten sie im Wagen zur Villa. Heute erfolgte die Besichtigung der Friedrich-Albert-Gütte in Rheins-haufen.

### Kurze Nachrichten

Das Reichsjugendabzeichen auch für Mädchen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für das deutsche Turn- und Sportabzeichen, wurde nun auch die Einführung des Jugendabzeichens für Mädchen beschlossen. Entscheidend dafür waren die guten Erfahrungen, die man mit dem Reichsjugendabzeichen für Knaben in den letzten zwei Jahren gemacht hat. Die Austragung erfolgt in fünf Gruppen.

Die Telephonegeheuren Deutschland—Amerika. Die American Telephone and Telegraph Co. gab bekannt, daß die Fernspreckgebühren für das drahtlose Telephonieren über See um 40 Prozent ermäßigt wird. Künftig wird für ein Dreiminutengespräch zwischen New York und London 45 Doll. und zwischen New York und Deutschland 52 1/2 Doll. zu bezahlen. Von Deutschland aus kostet also das Dreiminutengespräch jetzt 220 1/2 M gegen früher 380 M.

3. Kongress der sozialistischen Arbeiterinternationale. Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale hat den Kongress der Internationale für den 5. August 1928 nach Brüssel einberufen.

Eisenbahnerstreik in Indien. 14 000 Eisenbahner, die in den Lilloan-Werkstätten der ostindischen Eisenbahn beschäftigt waren, sind — wie aus Kalkutta gemeldet wird — in Verbindung mit dem Streik der ungelerten Eisenbahner, die höhere Löhne verlangten, ausgesperrt worden. Die Streikenden erscheinen zwar zur Arbeit, verweigern jedoch jede Arbeitsleistung.

### Verschiedenes

Ein neuer Transozeanflug

WTB. London, 8. März (Tel.) „Daily Express“ zufolge, beabsichtigt die englische Fliegerin Elsie Macart heute mittag gemeinsam mit dem Fliegerhauptmann Ginch Wilks von dem Flugplatz Cranwell (Lincolnshire) aus in einem amerikanischen Eindecker aufzubrechen, um den Atlantischen Ozean in westlicher Richtung zu überqueren, falls das Wetter günstig ist. Die Fliegerin ist die dritte Tochter des bekannten Schiffsreeders Lord Inchcape.

### Erdbeben in Südtalien

In Südtalien wurde ein starkes 15 Sekunden andauerndes Erdbeben verspürt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Wetternachrichtenbüro der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Druckstörungen über Norddeutschland haben gestern und heute nacht auch in unserem Gebiet zu mäßigen Niederschlägen geführt. Auf dem Feldberg fielen 2 Zentimeter Neuschnee. Die atlantische Zykone hat zwar in Südrussland an Raum gewonnen, gleichzeitig hat aber ein Kaltluftvorstoß über den britischen Inseln Druckanstieg gebracht. Dabei werden voraussichtlich auch bei uns die Niederschläge bei leichter Temperaturrückgang nachlassen. Voraussage für 9. März: Kaltig und wieder meist trocken, etwas kühler, nördliche Winde.

### Geschäftliches

Die große Modenschau

Im Saale der Eintracht am Samstag, den 10. März, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, veranstaltet von den Firmen Hugo Landauer (Damenmoden), Gelsow, Gutmann (Kut), Eugen Löw-Hölzle (Schuhe), Friedrich Wlos (modische Damen-Ausstattung), Dreifuß-Siegel (Saalausstattung), die wohl als die maßgebende dieses Frühjahres bezeichnet werden darf, be-ganzt, wie zu erwarten war, großem Interesse. Der Karten-vorverkauf bei den vorkührenden Firmen hat so lebhaft ein-gesetzt, daß es sich empfehlen dürfte, sich zu dieser erstklassigen Schau rechtzeitig noch einen Platz zu sichern.

Der billige Eintrittspreis inkl. Steuer beträgt 1,20 M.



# Badischer Teil

## Der neue badische Landeskommandant

Für den zum Kommandeur der 6. Division ernannten bisherigen badischen Landeskommandanten, Generalleutnant **Höhrenbach**, hat, wie bereits gemeldet, der Reichspräsident den Obersten **Wanfer von Dankenschweil**, Kommandeur des 14. Badischen Inf.-Reg. zum Landeskommandanten ernannt. Er hat sich heute dem badischen Staatspräsidenten und den übrigen Regierungsmitgliedern vorgestellt.

## Badischer Landtag

### Der Haushaltsauschuss

Jeht am Mittwoch die Beratung des Staatsvoranschlags fort. Mit Bezug auf die Stellvertretungen und Dienstausübungen bei den höheren Lehranstalten erklärte der Minister, man versuche, aufs äußerste zu sparen. Er denke daran, Nebenämter wie Rechnen, Turnen, Schönschreiben usw. möglichst Volksschullehrern zu übertragen, da die Verwendung akademisch gebildeter Lehrer hierfür viel zu teuer sei.

Längere Erörterungen knüpfen sich an den Titel „Handelschulen“. Die Besuchszahl hat sich seit der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt. Diese Überflutung wird zurückgeführt auf eine gewisse Lehrplangestaltung. Ältere verheiratete Angestellte müßten billigeren Arbeitskräften Platz machen. Der Unterrichtsminister stellte fest, daß die Regierung keine Aufhebung der Handelschulen wolle. Die aufzunehmenden Schüler müßten genügende Vorkenntnisse mitbringen. Es sei beabsichtigt, eine Aufnahme- und Abschlußprüfung einzuführen. Die Handelskammern in Schopfheim und in Willingen hätten beschlossen, daß nur solche Kaufleute angestellt werden sollen, welche eine Handelschul-Abschlußprüfung abgelegt hätten. Hinsichtlich der Oberhandelschule in Freiburg sagte der Minister zu, daß künftig diese Anstalt das Recht erhalten soll, Reifezeugnisse für die Handelshochschulen zu erteilen. Augenblicklich gibt es in Baden 472 Handelsschulklassen mit durchschnittlich 22 Schülern.

Die Beratung wandte sich dann den Volksschulen zu. Dabei bezeichnet es der Minister als zutreffend, daß in Heidelberg Schulhäusern Veranlassungspunkte ausgehängt und von einzelnen Lehrern auch Handzettel an Kinder verteilt worden seien. Dieses Vorgehen sei scharf und unter allen Umständen zu mißbilligen. Die Schüler dürften in keiner Weise für politische Zwecke von der Schule aus in Anspruch genommen werden. Aber das schwarze Brett habe nur der Schulleiter zu verfügen, sonst niemand. Auch von den Parteilehrern wurde in Übereinstimmung mit dem Minister der dringende Wunsch ausgesprochen, daß aus der Schule jegliche Politik völlig ferngehalten sei, auch die Werbung für diese oder jene Gewerkschaftsrichtung. Die weitere Aussprache bezog sich auf die Frage der Junglehrer, die Leistungen der Schule, die Schulaufsicht usw. Für einen Antrag des Zentrums, an Vergütungen für Stellvertretungen den Betrag von 45 680 M einzusparen, stimmten auch die Bürgerliche Vereinigung und die Deutsche Volkspartei.

In der Einzelberatung wurde u. a. auch die Notlage hilfsbedürftiger Gemeinden besprochen, die zu Schulhausneubauten gezwungen sind. Während für Staatsbeiträgen bisher jährlich 150 000 M zur Verfügung standen, sind künftig nur 50 000 M vorgesehen, viel zu wenig, als daß auch nur in den dringenden Notfällen wirksam geholfen werden könnte. Die Fraktionen sollen zunächst noch einmal zu der Frage Stellung nehmen, ob die Finanzlage eine etwaige Erhöhung fraglicher Position gestattet.

Der Aufwand für die allgemeinen und gewerblichen Fortbildungsschulen ist wesentlich gewachsen. Der Gesamtaufwand stellt sich jährlich auf etwa 3,9 Millionen Reichsmark, wovon allerdings die Anteile der Gemeinden am persönlichen Aufwand mit 1,8 Mill. Reichsmark abgehen. In der Debatte wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Lehrkräfte besonders sorgfältig ausgewählt werden müßten. Man könne mit Befriedigung feststellen, daß recht erfolgreich gearbeitet werde. Auch von Regierungseite wurde dies festgestellt. Doch sei die Organisation noch nicht abgeschlossen. Es werde eine besondere Schulordnung kommen. Ob der Wandellehrerinnen-Dienst auf die Dauer beibehalten werden könne, sei zweifelhaft, da dieser Dienst gesundheitlich recht anstrengend sei.

Für die Jugendpflege sind 54 000 M vorgesehen (12 000 M für die Badischen Richtspiele und 2000 M für Volkstheaterhallen). Die Organisation für Leibespflege und Jugendpflege halte diese Anforderung für ungenügend und verlange ihre Erhöhung. Ein Sozialdemokrat setzte sich für die Erhöhung ein, während ein Landtagsabgeordneter 8000 M erspart wissen wollte. Auch von Zentrumsseite wird auf die Wichtigkeit der Jugendpflege und des Sports hingewiesen, doch auch gefordert, daß die Mittel beim Sport beschränkt werden. Die Erhöhungs- und Ermäßigungsanträge um 10 000 M bzw. 8000 M wurden abgelehnt.

Heute beschäftigt sich der Haushaltsauschuss mit dem Etat für Wissenschaft und Kunst.

## Hagelschäden und Hagelversicherung in Baden 1927

Nach den bei den Bezirksämtern eingelaufenen und beim Statistischen Landesamt zusammengestellten Meldungen und Berichten der Bürgermeisterämter sind im Jahre 1927 in Baden an 39 Tagen über insgesamt 258 Gemeinden Hagelwetter niedergegangen, die auf einer Gesamtfläche von 28 724 Hektar im ganzen einen Schaden von 5 858 000 M verursachten. Der Hauptanteil an Fläche und Schadensbetrag entfällt auf den Monat Juli mit 14 Hageltagen, 16 864 Hektar geschädigter Fläche und 3 572 000 M Schadenssumme. Im August wurden an 7 Tagen 7400 Hektar betroffen (Schadenssumme 1 510 000 Reichsmark), in den 4 Monaten April, Mai, Juni und September an zusammen 18 Tagen 4460 Hektar mit 776 000 M Schaden.

Vom Hagel verschont blieben nur die drei Amtsbezirke Borsach, Ettlingen und Naisst. Unter den übrigen, vom Hagel mehr oder weniger betroffenen Bezirken steht an erster Stelle Offenburg mit 678 250 M. Es folgen: Rehl mit 643 440 M, Wühl 498 190 M, Fullendorf 469 350 M, Willingen 391 100 M, Reichsmark, Willheim 352 920 M, Rannheim 349 610 M, Heidelberg 312 090 M, Meßkirch 298 750 M, Lahr 288 070 M, Reichsmark, Waldshut 275 620 M, Teuberbischofsheim 254 960 Reichsmark. In den übrigen 25 Bezirken blieben die Gesamtschadensbeträge jeweils unter 200 000 M.

Den weitaus schwersten Schaden brachte der 27. Juli über insgesamt 5482 Hektar Kulturland mit 1 800 000 M. Sehr beträchtlich war nach der Schaden am 12. Juli (869 000 M), 8. August (744 000 M) und 2. August (565 000 M).

Am Gesamtchaden (5 858 000 M) sind beteiligt: Getreide und Hülsenfrüchte mit 46 Proz., Obstgewächse mit 16 Proz., Neben (Weinberge) mit 15 Proz., Obstbäume (und Obst) mit 9 Proz., Der Rest entfällt auf Gestrüch, Futterpflanzen, Gemüse und Gartengewächse (zusammen 14 Proz.).

Im Jahr 1927 wurden in Baden von der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft, ferner von der Hagelversicherungsgesellschaft Borussia, von der Hagelversicherungsgesellschaft Ceres und von der Hagelversicherungsgesellschaft für Gärtner (sämtliche in Berlin) Versicherungen im Gesamtbetrag von 50 357 171 M abgeschlossen (davon allein von der „Norddeutschen“ 48 358 631 M). Im Lauf des Jahres 1927 wurden von den genannten vier Gesellschaften Schadenssummen im Gesamtbetrag von 1 051 672 M (von der „Norddeutschen“ allein 1 032 710 M) ausbezahlt.

## Unsere Landstrassen

In Ergänzung unseres Berichts über die Fahrt des Haushaltsausschusses des Landtags zu den wichtigsten Landstrassen der Bezirke der Wasser- und Straßenbauämter Emmendingen und Freiburg schreibt man uns noch:

Es wurden Strecken der Hauptdurchgangstrasse im Bauamtsbezirk Emmendingen, bei Kippenheim, Ettenheim, Herbolzheim und oberhalb von Rindlingen besichtigt, die teils 1926, teils 1927 mit einer Oberflächenerneuerung versehen, nur an einzelnen Stellen ausgebessert wurden und meist noch in gutem Zustand sich befinden. Die Kosten der Erneuerung belaufen sich durchschnittlich auf 50 M für ein Quadratmeter.

In Kippenheim und Rindlingen wurde die Straße im Späthjahr 1927 mit dem leichtflüssigen Gaster behandelt, während im übrigen allgemein der etwas teurere, für freie Strecken aber geeignete präparierte Teer verwendet wird. In Herbolzheim, Kengingen, Emmendingen und St. Georgen ist die Straße mit vollem Erfolg durch Asphalt befestigt; es wurde mit Ausnahme von St. Georgen Kleinspalt geätzt, dessen Herstellungskosten für 1 Quadratmeter zwischen 11 und 12 M schwanken. Zwischen Emmendingen und Rindlingen wurden zwei im Jahre 1927 ausgeführte Bitumitdecken befahren, die in einer Stärke von 6 Zentimeter aus einer Mischung von Feinschotter, Splitt, Grus und Bitumen hergestellt sind und 5,90 M für 1 Quadratmeter Fahrbaufläche kosten.

In gleich guter Verfassung, wie im Bauamtsbezirk Emmendingen, wurden die im Bauamtsbezirk Freiburg bei Gundenfingen, Wolfenweiler, und Obermiringen besichtigten Teerstrassen befunden. Zwischen Säckstadt und Norkingen ist die Straße mit einer 5 Zentimeter starken Teerabdichtung, die 4,05 M für je 1 Quadratmeter gekostet hat, zwischen Norkingen und Buggingen mit einem 2 Zentimeter dicken, zum Preis von 2,75 M erstellten Teppichbelag aus Eisener Asphalt befestigt, der eine vollständig gleichförmige, geschlossene Oberfläche und durchweg gute Beschaffenheit aufweist.

Zum Schluß wurde die vom Freiburger Automobilklub zu betretenden benützte Straßenstrecke zwischen Obermiringen und Reichach besichtigt; die Straße liegt zwar fast vollkommen eben, hat aber doch im Längsprofil verschiedene Unregelmäßigkeiten und mehrere leichte Wellen, deren Ausgleichung der Automobilklub wünscht, weil sie den schnellsten der 200 Kilometer in der Stunde entwidenden Rennwagen gefährlich werden können; im übrigen macht diese Straßenstrecke, die 7 Meter breit und letztmals 1927 geteert worden ist, einen besonders guten Eindruck.

Der Haushaltsauschuss des Landtags hat auf dieser Fahrt sicher die Überzeugung gewonnen, daß die badische Straßenbauverwaltung bestrebt ist, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln soviel wie möglich zu tun, die in der Straßenerneuerung der Straßen nach Möglichkeit zu beschleunigen und stärkere und darum teurere Straßendenden nur da zur Anwendung zu bringen, wo leichtere und billigere Befestigungen nach ihrer Erfahrung dem Verkehr auf die Dauer nicht standhalten.

## Die Ludde-Bullion-Feier in Freiburg

Stadl. Freiburg i. Br., 8. März. (Tel.) Das Badische Staatsministerium teilte am 6. März dem Badischen Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft mit, daß der badische Staatspräsident am Sonntag, den 11. März, persönlich zur Ludde-Bullion-Feier nach Freiburg kommt und die badische Staatsregierung bei der Ehrung der beiden Träger des Friedens-Nobelpreises vertreten wird.

## Eine Viertelmilliarde auf den badischen Sparkassen

Der Spareinlagenbestand bei den öffentlichen Sparkassen Badens hat Ende Dezember 1927 die Höhe von 208,9 Millionen Reichsmark erreicht. Die Guthaben auf Kontokorrent, Giro- und Scheckkonten beliefen sich zu derselben Zeit auf 96,8 Millionen Reichsmark. Der Zuwachs an reinen Spareinlagen betrug im Jahre 1927 61,9 Millionen Reichsmark. Auf den Kopf der Bevölkerung Badens entfielen Ende 1927 durchschnittlich 90,88 M an Spargeldern bei einem Reichsdurchschnitt von 74,88 M, und auf Giro- u. s. w. -Konto war die entsprechende Differenz 16 bzw. 22,83 M. Das Jahr 1924 schloß mit einem Spareinlagenbestand von 25,7 Millionen Reichsmark ab, Ende 1925 war er auf 76,1 Millionen Reichsmark gewachsen, Ende 1926 — dieses Jahr hatte bisher das höchste Ergebnis —, auf 127 Millionen und schließlich Ende 1927 auf 208,9 Millionen Reichsmark. Die jährlichen Rücklagen durch Einzahlungsüberschüsse und Zinsen verhielten sich von 1925 bis 1927 also wie 27 : 34 : 31. Die für 1927 bisher vorliegenden Zahlen sind vorläufige und werden betmühtlich noch in günstigem Sinne — wenn auch nicht erheblich — zu korrigieren sein.

## Genossenschaftliche Buchführungskurse

Im Laufe der Monate Januar und Februar 1928 hielt der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften Karlsruhe genossenschaftliche Buchführungskurse in Offenburg, Mühlheim, Vonnard, Immenbingen, Radolfzell, Tiengen, Mosbach ab, die sehr stark besucht waren. Die Redner, Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder der Waren-, Milch-, Molkerei-, Dresch-, Winger- und sonstigen Genossenschaften wurden eingehend mit der genossenschaftlichen Buchführung und den Bilanzabklärungsarbeiten bekannt gemacht. Am Schluß der Kurse wurden genossenschaftliche Tagesfragen, Amtsgeschäftsverkehr, Verkehr mit Verband, Landwirtschaftsamt und Hauptgenossenschaft, sowie Rechte und Pflichten der Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder behandelt. Die Buchführungskurse wurden von Herrn Oberrevisor Hofmann unter Mitwirkung der jeweiligen Bezirksleiter des Genossenschaftsverbandes geleitet. Sie wurden überall freudig begrüßt.

## Aus den Parteien

Die „Freiburger Zeitung“ äußerte in einem Artikel, das Zentrum habe beschlossen, die bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth und Adam Röder nicht wieder aufzustellen. Dazu bemerkt der „Badische Beobachter“, daß Adam Röder 1924 durch die Reichsliste, nicht durch die badische Liste in die Zentrumsfraktion des Reichstages gekommen sei. Die Entscheidung, ob Röder wieder aufgestellt werde, steht also nicht Baden, sondern der Reichsleitung des Zentrums zu. Was Dr. Wirth betreffe, so finde in der nächsten Zeit erst die erste Vorbesprechung über die badische Landesliste statt. Infolgedessen könne ein Beschluß des Zentrums noch gar nicht vorliegen. Die letzte Entscheidung liege nach wie vor beim Zentralkomitee.

## Gemeinde-Rundschau

Die angebotene Anleihe der Stadt Karlsruhe. Zu Meldungen aus Holland über die Begebung einer Anleihe der Stadt Karlsruhe in Holland erfahren wir von zuständiger Seite: Die Stadt Karlsruhe hat mit der Rheinischen Kreditbank ein Schuldscheindarlehen von 2 Millionen Goldmark, für den Gläubiger fest auf 10 Jahre, für die Stadt kündbar nach 5 Jahren, vereinbart. Aber das Darlehen sind auf Wunsch der Gläubigerin Schuldscheine im Betrage von je 100 000 M ausgestellt worden. Die Schuldscheine enthalten keine dingliche Sicherung und lauten auf Reichsmark mit der üblichen Feingoldklausel. Eine Weitergabe dieser Schuldscheine in das Ausland kann für die Stadt Karlsruhe nicht in Betracht, zumal die der Gläubigerin in Abschrift mitgeteilte Staatsgenehmigung sich ausdrücklich auf eine Inlandsanleihe bezieht. Wenn die Stadt mit der Möglichkeit hätte rechnen können, daß die Schuldscheine verwendet würden, um auf Grund derselben in Holland Zertifikate an die Börse zu bringen, so hätte sie vornehmlich das Darlehensgeschäft abgelehnt. Der in Amsterdam ausgegebene Prospekt läßt in seiner Überschrift die Meinung aufkommen, es handle sich bei den Zertifikaten um Schuldscheine der Stadt Karlsruhe. Im Text des Prospektes wird allerdings der Sachverhalt so dargestellt, daß diese Annahme widerlegt wird. Die Überschrift bietet aber Anlaß zu einer Irreführung des Publikums.

Bürgermeisterwahl in Bretten. Am 9. März findet in Bretten Bürgermeisterwahl statt, da die Amtszeit des Bürgermeisters Schemenau diesen Sommer abläuft.

Der Bürgerauschuss Oberburken genehmigte den Voranschlag, der 60 M Umlage vom Grundvermögen, 24 M vom Betriebsvermögen und 4,50 M Umlage vom Gewerbevermögen vorsieht.

155 Bewerber um die Lahrer Bürgermeisterposten. 155 Bewerbungen sind für den ausgeschriebenen Posten eines Bürgermeisters und eines Bürgermeisters der Stadt Lahr eingelaufen, und zwar 49 für den Oberbürgermeister, 17 für Oberbürgermeister und Bürgermeister und 89 für den Bürgermeisterposten. Ein Ausschuss wird die Angebote prüfen.

Eine neue selbständige Gemeinde. Die Regierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Umwandlung der abgeforderten Gemarckung Bromebach (Amt Wertheim) in eine Gemeinde vorgelegt. Schon im Jahre 1924 war vom Landtag ein Ersuchen in diesem Sinne an die Regierung gerichtet worden. Bromebach zählt 195 Einwohner in insgesamt 29 Haushaltungen. Die Fläche der Gemarckung beträgt 1180 Hektar. Die gemeindefeuerpflichtigen Steuerwerte des Grundvermögens für 1926 betragen 3 017 500 M (70 Proz. davon 2 112 200 M), die Steuerwerte des Betriebsvermögens 870 800 M und die Gewerbeerträge 10 700 M. Die Bedenken, die gegen die Errichtung neuer Pflanzgemeinden sprechen, sind nicht gering zu achten; doch muß nach der Begründung der Regierungsvorlage zugegeben werden, daß es im Lande eine ganze Anzahl von kleinen Gemeinden gibt, die in jeder Hinsicht weniger leistungsfähig sind, als es die Gemeinde Bromebach sein wird. Bromebach soll mit dem 1. April d. J. eine kleine Gemeinde im Sinne des § 3 Absatz 1a der Gemeindeordnung werden; ein Bürgerauschuss ist also nicht zu bilden. Die Zahl der ehrenamtlichen Gemeinderäte soll vorerst auf 6 festgesetzt werden.

Einigung in der heffischen Gasfernversorgung. In der Frage der heffischen Gasfernversorgung wurde, wie aus Darmstadt gemeldet wird, eine Einigung erzielt. Die Gründung der Gemeinschaft zur heffischen Gasfernversorgung wurde vollzogen, an der die drei Provinzen, die Kreise und die heffischen Städte beteiligt sind.

Die Beteiligung der Stadt Ludwigshafen am Brückenbau. Das bayerische Ministerium des Innern hat in den nächsten Tagen den Stadtrat Ludwigshafen zu Verhandlungen über die finanzielle Beteiligung Ludwigshafens an der Tragung der Kosten für die geplante neue Rheinbrücke eingeladen. Der Stadtrat wird sich mit dem Vorschlag des Ministeriums in den nächsten Tagen zu befassen haben.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Levisennotierungen

	8. März		7. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.13	168.47	168.17	168.51
Kopenhagen 100 Kr.	111.92	112.14	111.99	112.21
Italien . . . 100 L.	22.085	22.125	22.10	22.14
London . . . 1 Pf.	20.385	20.425	20.395	20.435
New York . . . 1 D.	4.1785	4.1865	4.1800	4.1880
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.455	80.615	80.455	80.615
Wien 100 Schilling	58.835	58.955	58.84	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.383	12.403	12.387	12.407

Die Karlsruher Handelskammer hielt unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Konrad Nicolai, kürzlich eine Vollversammlung ab. Eine sehr eingehende Aussprache löste die Frage der Rabattgewährung aus. Mit erster Priorität verfolgte die Handelskammer die Entwicklung des wirtschaftlichen Wettbewerbsschlages im Einzelhandel. Vor allem leitet sie die Gewährung von Sonderpreisen an einzelne Verbraucher als besonders verwerfliche Art des Wettbewerbes ab. Soweit an einzelnen Orten Rabatte gewährt werden, sollten sie allen Käufern in gleicher Weise und in gleicher Höhe zugute kommen und nur dazu dienen, das überhandnehmende Vorurteil einzuschränken und die Verzögerung zu fördern. Weitergehende Abzüge irgendwelcher Art sind nur dann geeignet, das Vertrauen zur realen Geschäftsführung im Einzelhandel zu erschüttern. Die Handelskammer empfiehlt allen Beteiligten nach wie vor, möglichst scharfe Kalkulation, da hierdurch der Handel den Verbrauchern und sich selbst den größten Dienst erweist.

Die Gesamtwirtschaftslage des Handelsamtsbezirks Pforzheim im Februar war, wie im Vormonat, gut mit geringer Abschwächung des Geschäftsganges und Beschäftigungsgrades in einigen Zweigen der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie. Die Zahl der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger sowie der Kurzarbeiter blieb im wesentlichen unverändert. Die Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie war noch voll beschäftigt mit geringer Abschwächung des Beschäftigungsgrades in der zweiten Hälfte des Monats wegen im wesentlichen erfolgloser Auslieferung der Orlitaraufträge und wegen spärlichen Eingangs neuer Bestellungen. Die Beschäftigung erstreckte sich ganz überwiegend auf den heimischen Markt. Das Ausfuhrgeschäft lag nach wie vor sehr ruhig. Für feinverarbeitete Metallwaren trat keine wesentliche Änderung der Geschäftslage gegen den Vormonat ein. Der Eingang neuer Aufträge war schwach infolge der der Kunststoffe durch die Kapitalknappheit bei Ertelung neuer Aufträge gebotenen Zurückhaltung. Zahlungseingang sehr schleppend. Auch für schwer verarbeitete Fabrikate und Bekleidung hat die Geschäftslage bei befriedigendem Eingang neuer Aufträge eine Änderung nicht erfahren.



Die Frankfurter Bühnen in städtischer Regie. Einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt a. M. folgend, hat der Magistrat nunmehr sein grundsätzliches Einverständnis damit erklärt, die bisher in der Form der Aktiengesellschaft betriebenen Bühnen der Stadt Frankfurt in städtische Regie zu übernehmen.

### Aus der Landeshauptstadt

**Wohnungsbau am Ettlinger Tor.** Nach Blättermeldungen plant die Wohnungsbau-Gesellschaft für Industrie und Handel G. m. b. H. die Errichtung eines großen Wohnblocks am Ettlinger Tor. Der projektierte Neubau soll nach Plänen von Professor Billing und Architekt Zippelius errichtet werden. Borgefunden sind in ihm etwa 60 Wohnungen mit je vier bis sieben und vier bis acht Zimmern.

**Badisches Landestheater.** Samstag, den 10. März, Bigats beliebte Oper „Garmen“ unter der musikalischen Leitung von Josef Krips. Das Werk geht als vollständige Vorstellung zu halben Preisen in Szene. Als 5. Vorstellung der Sonderreihe für Auswärtsige Sonntag, den 11. März, nachmittags 15 Uhr, Saint-Saëns' Oper in drei Akten „Samson und Dalila“ zur Aufführung. In Szene gesetzt von Otto Krauß, wird das Werk von Rudolf Schwarz musikalisch geleitet. Als Abendvorstellung geht zum zweiten Male Vorhänge's komische Oper „Der Waffenschmied“ in Szene unter der musikalischen Leitung von Joseph Keilberth und der szenischen Leitung von Robert Lebert. Die Abendvorstellung beginnt um 19 1/2 Uhr. — In der am Sonntag, den 11. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Landestheater stattfindenden Morgenfeier, die dem Gedenken Henri's 100. Geburtstag gewidmet ist, wird Herr Dr. Faesi versuchen, das hier am 24. März zur Erstaufführung kommende Drama „Die Kronprinzen“ des großen norwegischen Dichters in den Vordergrund seiner Betrachtung zu rücken.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**D3. Mannheim, 5. März.** Zu Ehren des Erfinders des Automobils, Dr.-Ing. h. c. Carl Benz, hat eine Pforzheimer Prägeanstalt eine Bronzemedaille mit einem Durchmesser von 60 Millimetern hergestellt, die auf der Vorderseite das Brustbild des Erfinders im 80. Lebensjahre und auf der Rückseite die Entwicklung des Kraftfahrwesens zeigt.

**D3. Heilbronn, 5. März.** Die Arbeiten am Neckarkanal sind jetzt wieder in kleinerem Umfange aufgenommen worden. Die volle Belegkraft wird erst beim Normalwasserstand des Neckars antreten können.

**D3. Bretten, 7. März.** In der Zeit vom 11. bis 18. März veranstaltet der Bezirksfürsorgeverband Bretten gemeinsam mit dem Kreisrat Karlsruhe und dem Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge Karlsruhe in Bretten eine Ausstellung „Mutter und Kind“, die der Belehrung und Aufklärung über richtige und zweckmäßige Ernährung und Pflege usw. dienen soll.

**16. Pforzheim, 7. März.** Seit einigen Tagen finden zwischen Karlsruhe und Mühlacker an Schnell- und Personenzügen Lokomotiven schwerer Bauart in erhöhtem Maße Verwendung. Es sind dies die im Jahre 1924 gebauten Lokomotiven der Bauart P. 46, die längere Zeit aus dem Dienst zurückgezogen werden mußten, weil erst der Umbau der Hauptlinien für diese schweren Lokomotiven verfaßt werden mußte. Die Fahrzeuge haben eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Kilometern.

**D3. Oberahn, 7. März.** Gestern starb im Alter von 67 Jahren der Altbürgermeister und Kreisrat a. D. Josef Rehrer, ein hochverdienter und in weiten Kreisen angesehener Mann.

**D3. Freiburg i. Br., 8. März.** In der Biegelei Uffhausen bei Freiburg brach 1/11 Uhr nachts ein Brand aus, der die Biegelei fast völlig in Asche legte. Der Schaden ist sehr groß. Es handelt sich um einen Neubau.

**D3. Freiburg i. Br., 6. März.** Um ihren Ehrenbürger, Altreichskanzler Konstantin Fehrenbach, auch nach seinem Tode zu ehren, hat die Stadt Freiburg auf dem Grabe Fehrenbachs ein Grabmal errichten lassen, das auf hohem Sockel die Büste des Verstorbenen trägt.

### Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Berufen:

Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Ferdinand Wagenfeld die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Dem Privatdozenten an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. August Gühringer die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Planmäßig angestellt:

Finanzobersekretär Karl Weinger im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Berufen in gleicher Eigenschaft:

Gewerbelehrer Gottfried Grimmer an der Gewerbeschule in Waldbrunn an jene in Lage i. B.

Gestorben:

Religionslehrer Professor Kurt Sturm an der Handelsschule II in Mannheim.

Das Gesuch des Richard Reichenbacher in Söllingen um bau- und gewerbe-polizeiliche Genehmigung zur Errichtung einer mechanischen Werkstätte mit Nagelfabrikation in Söllingen.

Richard Reichenbacher, Mechaniker in Söllingen, hat um bau- und gewerbe-polizeiliche Genehmigung zur Errichtung einer mechanischen Werkstätte mit Nagelfabrikation auf seinem Grundstück in Söllingen, Wöschbacherstraße Nr. 16, nachgesucht.

Etwasige Einwendungen gegen dieses Unternehmen sind binnen 14 Tagen, von Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab gerechnet, beim unterzeichneten Bezirksamt oder beim Bürgermeisterrat Söllingen anzubringen, wobei falls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Pläne und Beschreibungen des Unternehmens liegen während obiger Frist von 14 Tagen im Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer Nr. 28, und beim Bürgermeisterrat Söllingen zur Einsicht offen.

Karlsruhe, den 6. März 1928. D. 3. 15  
Badisches Bezirksamt. Abt. IV.

Teppiche-Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten bei Teppichhaus Agay & Gluck, Frankfurt a. M. 2965 Schreiben Sie sofort!

### Badische Bank.

Wir machen bekannt, daß Herr Bankdirektor Kurt Baffermann, Mannheim, in unseren Aufsichtsrat gewählt worden ist. S. 229 Mannheim, 7. März 1928. Der Vorstand.

Ihren Umzug betr. Brauchen Sie Möbelwagen? beim Bad. Lagerhaus Offenburg. Besitzer: Willy Wagner fragen. Erstl. bestempf. zuverl. Möbelpeditions-Unternehmen.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunft „Argus“ Mannheim O 6, 6 Planken 33305 A. Maler & Co., G. m. b. H.



### Badisches Landestheater

Freitag, 9. März 1928 \* F 20 (Freitagmiete) Th.-Gem. I. S.-Gr.

Wilhelm Tell von Schiller

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Gesler v. d. Lenz Attinghausen Prüter Rubenz Reitzgeb Stausacher Schulze Gunn Schellenberger Hedding Riechert Fürst Göder

COLOSSEUM Waldstraße 16 Telefon 5599

Täglich 8 Uhr Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große REVUE Im Flug um die Welt

### Rheinische Creditbank Mannheim.

Siebenundfünfzigste ordentliche

### Generalversammlung

am Freitag, den 30. März 1928, vormittags 11 1/2 Uhr, im Gebäude der Bank, wozu wir die Herren Aktionäre einladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage der Bilanz auf 31. Dezember 1927 mit Berichten des Vorstandes und Aufsichtsrats; Genehmigung der Bilanz.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Abänderung von Art. 16 des Gesellschaftsvertrages: Teilnahme an der Generalversammlung und Ausübung des Stimmrechts.

Zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, welcher die Aktien spätestens am fünften Tage vor der Versammlung bei der Gesellschaft oder bei einer der nachstehend bezeichneten Stellen oder bei einem Notar hinterlegt.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Eintrittskarten zur Generalversammlung sind erhältlich bei unserer Bank und ihren sämtlichen Zweigniederlassungen, ferner bei sämtlichen deutschen Effekten-Girobanken, in Berlin bei der Deutschen Bank und bei Herrn S. Bleichröder, in Frankfurt a. M., Hamburg, München, Stuttgart bei den Zweiganstalten der Deutschen Bank, ferner in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Vereinsbank und der Frankfurter Bank, in Neustadt a. d. H. bei Herrn G. F. Groh-Henrich, in Saarbrücken bei Herrn G. F. Groh-Henrich & Co., in Freiburg i. Br. bei Herrn J. A. Krebs, in Basel und Zürich bei der Basler Handelsbank u. der Schweizerischen Kreditanstalt.

Mannheim, den 7. März 1928. Der Aufsichtsrat.

### G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag) G. m. b. H.

### KARLSRUHE

Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen Preise mäßig

### Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

M. 691. Bretten. Der am 21. Sept. 1860 in Neilsheim geb. Michael Anton Gypferich, Kaufmann, wurde heute wegen Trunksucht entmündigt.

Bretten, 6. März 1928. Amtsgericht.

M. 694. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Alster Zwanier, Karlsruhe, Kriegsstr. 68, soll mit Genehmi-

gung des Badischen Amtsgerichts A 7 hier die Schlussverteilung stattfinden. Zu berücksichtigen sind M 3849,60 bevorrechtigte Forderungen und M 65 885,74 nichtbevorrechtigte Forderungen. Die verfügbare Masse beträgt M 11 697,74. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Badischen Amtsgerichts A 7 Karlsruhe zur Einsicht aus.

Karlsruhe, 6. März 1928. Otto Watz, Konkursverwalter.

Samstag, den 10. März, nachm. 4 Uhr  
Samstag, den 10. März, abends 8 Uhr

Die große

### MODEN- SCHAU

im Saale der Eintracht

### Hilde Zimmermann

die deutsche Modenkönigin, und weitere preisgekürnte Mannequins

zeigen die letzten Modeschöpfungen von erlesenem Geschmaek

MODENREVUE: DIE MODE IM WANDEL DER ZEITEN

Eintrittskarten zu RM. 1.20 im Vorverkauf bei den beteiligt. Firmen

DAMEN-MODEN: HUGO LANDAUER

PUTZ: GESCHW. GUTMANN

E. LOEW-HÖLZLE - DREYFUSS & SIEGEL - FRIEDR. BLOS

Schuhe Teppiche usw. Schirme, Taschen

### Gemeinde-Sparkasse Sandhausen.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Kassenbestand	5 705,91	1. Spareinlagen	287 043,22
2. Guthaben bei Banken	19 121,80	2. Giroeinlagen	58 541,27
3. Darlehen a. Schuldscheine	132 393,46	3. Anlehenskapital	108 000,—
4. Darlehen a. Hypotheken	104 526,25	4. Rückstände von früheren Jahren	14 956,55
5. Darlehen auf Kredite in laufender Rechnung	200 877,51	5. Reingewinn	10 026,22
6. Wertpapiere	11 160,—		
7. Veräußerungen	1,—		
8. Grundstücke	1,—		
9. Einnahmerückstände	4 780,33		
	478 587,26		478 587,26

Sandhausen, den 3. März 1928.

Der Verwaltungsrat: Diem.

M. 667

Der Rechner: Raßner.

### Städtische Sparkasse Borberg.

Bilanz für 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
Kassenbestand am 31.12.1927	3 863,57	Spareinlagen	275 585,37
Darlehen auf Hypothek	243 685,79	Giroeinlagen	79 550,77
Darlehen auf Schuldschein	147 363,07	Sonstige Einlagen	9 248,58
Darlehen auf Girokonti	123 387,77	Anlehenskapitalien	126 370,—
Sonstige Darlehen	10 605,88	Reservefonds	40 463,58
Guthaben bei Girozentrale und Postfach	6 213,68	Reingewinn	4 912,46
Verwaltungsgebäude	1 000,—		
Inventar	1,—		
	536 130,76		536 130,76

Borberg, den 6. März 1928.

Der Verwaltungsrat.

M. 680

Druck G. Braun, Karlsruhe